



Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus
und der politischen Parteien

Vierte Reihe
Deutschland seit 1945

*Im Auftrag der
Kommission für Geschichte des Parlamentarismus
und der politischen Parteien
herausgegeben von*

*Winfried Becker, Hans Günter Hockerts,
Marie-Luise Recker*

Band 16/2

Die FDP-Fraktion im Deutschen Bundestag
Sitzungsprotokolle 1969–1983

*Herausgegeben von der
Kommission für Geschichte des Parlamentarismus
und der politischen Parteien
sowie dem
Archiv des Liberalismus der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit*

Droste Verlag Düsseldorf

Die FDP-Fraktion
im Deutschen Bundestag

Sitzungsprotokolle
1969–1983

Bearbeitet von
Volker Stalman

Droste Verlag Düsseldorf



Copyright © 2025 by
Kommission für Geschichte des Parlamentarismus
und der politischen Parteien e. V.
Schiffbauerdamm 40, 10117 Berlin
www.kgparl.de
Droste Verlag GmbH, Düsseldorf 2025
www.drosteverlag.de
ISBN 978-3-7700-5368-1

Vorwort

Mit der Veröffentlichung der Sitzungsprotokolle der FDP-Bundestagsfraktion aus den Jahren 1969 bis 1983 präsentiert die Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien (KGParl) eine weitere Edition, die aus dem Überlieferungsschatz der Bundestagsfraktionen von CDU/CSU, SPD, FDP und Grünen schöpfen kann. Die Sitzungsprotokolle sind eine erstrangige Quelle zur Geschichte des Parlamentarismus in der Bundesrepublik Deutschland. Kein anderes Nationalparlament in Europa verfügt über einen vergleichbar aussagekräftigen Fundus an Dokumenten über die Funktion und Arbeitsweise politischer Parteien im parlamentarischen Betrieb – ein einzigartiger Bestand der kulturellen Überlieferung deutscher Parlamentsgeschichte.

Die hier veröffentlichten Sitzungsprotokolle verdeutlichen die herausgehobene Stellung der FDP-Bundestagsfraktion während der Zeit der sozial-liberalen Koalition. Bereits ein Blick auf die Deutschland- und Ostpolitik unterstreicht die Bedeutung, die den Liberalen bei der Ausgestaltung der Deutschland- und Ostverträge zukam. Auch in der Innen-, Rechts- und Bildungspolitik wusste sich die Fraktion Gehör zu verschaffen. Die Protokolle zeichnen nicht nur das politische Wirken des parlamentarischen Arms der FDP im Bundestag nach, sondern machen auch die Spannungs- und Konfliktlinien deutlich, die die Fraktion durchzogen. Zugleich illustrieren sie den allmählichen Niedergang der sozial-liberalen Koalition, die an Fragen der Wirtschafts- und Verteidigungspolitik zerbrach.

Für die Zeit von 1969 bis 1983 kann auf insgesamt 447 Protokolle mit rund 2600 maschinenschriftlichen Seiten zurückgegriffen werden, die im Archiv des Liberalismus (ADL) in der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit in Gummersbach verwahrt sind. Der Bestand umfasst die Sitzungsprotokolle der Bundestagsfraktion mit den dazugehörigen Unterlagen und Korrespondenzen. Dass die Originalschriften der Kommission uneingeschränkt zugänglich waren, ist der bewährten Kooperation mit der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit und insbesondere dem Leiter ihres Archivs, Herrn Prof. Ewald Grothe, zu verdanken.

Angesichts des umfangreichen Bestandes war es notwendig, eine Textauswahl kommentierter Dokumente zu treffen. Wie die gesamte Überlieferung der Fraktionen aus den Jahren 1949 bis 1969 werden auch die nicht in dieser Edition veröffentlichten Sitzungsprotokolle der Bundestagsfraktion aus den Jahren 1969 bis 1983 in Kürze online auf www.fraktionsprotokolle.de öffentlich zugänglich sein.

Grundlage der Editionsarbeit der KGParl ist die Bereitstellung zweckgebundener Mittel durch den Deutschen Bundestag. Dank der langfristig angelegten Förderung kann das Forschungsvorhaben bis über das Ende der »alten« Bundesrepublik 1990 fortgesetzt werden. Das Editionsteam der Kommission wird dabei von einem Editionsbeirat unterstützt, dem Vertreter der beteiligten Bundestagsfraktionen und Archive der Parteistiftungen sowie der Vorstand der KGParl angehören. Ihnen sei für ihr großes Interesse an dem Projekt und die umfassende Unterstützung herzlich gedankt.

Berlin, im Dezember 2024

Dominik Geppert
Vorsitzender der KGParl



*Bundesaußenminister Walter Scheel im Bundestag während der zweiten Lesung der Ostverträge am 10. Mai 1972
(Bundesregierung/Ludwig Wegmann)*

Inhalt

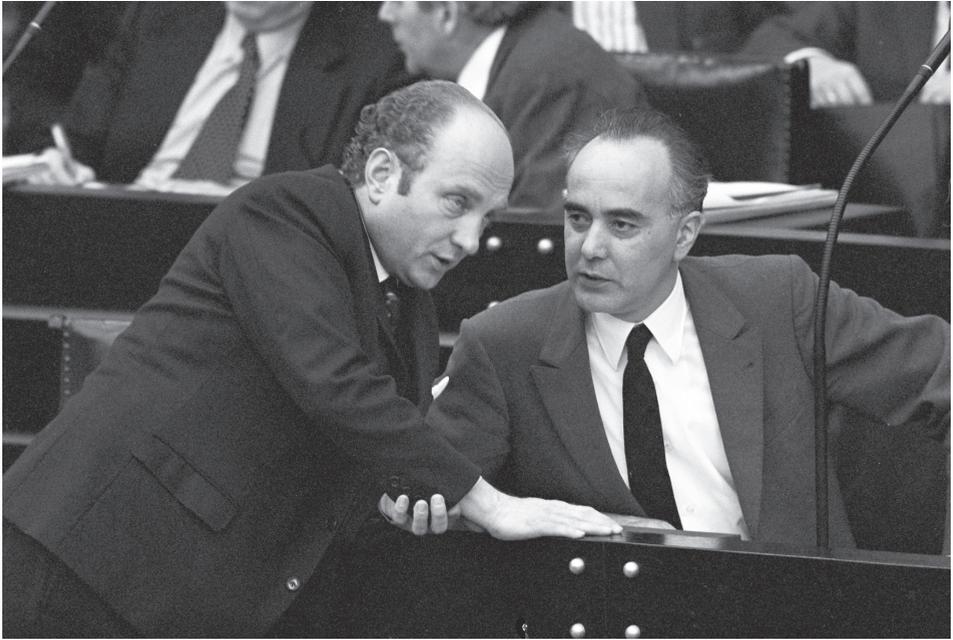
Vorwort	5*
Einleitung	9*
I. Vorbemerkungen	11*
II. Wahlergebnisse und Mandatsstärken	16*
III. Sozialstruktur	18*
1. Frauen in der Fraktion	18*
2. Generationalität	23*
3. Konfessionszugehörigkeit und Familienstand	26*
4. Schul- und Hochschulbildung	27*
5. Berufsstruktur	27*
6. Interessenvertreter und Verbandsfunktionäre	28*
7. Vorbelastungen: Ehemalige Nationalsozialisten und Stasi-Mitarbeiter	30*
8. Karrierewege: Seiteneinsteiger – Die Verwurzelung in der Partei – Kommunalpolitische Amtsträger	32*
IV. Organisation und Stellung im Deutschen Bundestag	37*
1. Die Arbeitsbedingungen	37*
2. Die Geschäftsordnung der Fraktion	38*
3. Die Vollversammlung und die Organisation der Fraktion	41*
4. Der Fraktionsvorstand	47*
5. Die Parlamentarischen Geschäftsführer	49*
6. Der Fraktionsvorsitzende	50*
7. Die Arbeitskreise	54*
8. Die Finanzierung der Fraktion	58*
9. Flügel- und Gruppenbildungen	61*
V. Die Stellung der Fraktion innerhalb der Partei	65*
VI. Die Fraktion und die Medien	73*
VII. Themen der Gesetzgebung	77*
1. Deutschland- und Ostpolitik	77*
2. Die Innenpolitik: Der Schutz der Bürgerrechte vor dem Hintergrund des RAF-Terrors	86*
3. Die Umwelt- und Energiepolitik	92*
4. Das Hochschulrahmengesetz	98*
5. Die Reform des §218	101*
6. Die Neuregelung der Wehrdienstverweigerung	103*

7. Europa-, Außen- und Verteidigungspolitik	104*
8. Wirtschafts- und Finanzpolitik	107*
VIII. Regierungsbildungen	113*
IX. Das Verhältnis zu SPD und CDU/CSU	119*
1. SPD	119*
2. CDU/CSU	121*
X. Schlussbemerkungen	124*
Hinweise – Übersichten – Verzeichnisse	127*
A. Hinweise zur Edition	129*
B. Verzeichnis der Dokumente	134*
C. Verzeichnis der Archivalien und mündlichen Auskünfte	147*
D. Quellen- und Literaturverzeichnis	149*
E. Verzeichnis der Abkürzungen	155*
Dokumente	1
Protokolle der FDP-Bundestagsfraktion September 1969–Januar 1983	1
Personenregister	623
Sachregister	641

Die FDP-Fraktion
im Deutschen Bundestag
1969–1983

Einleitung

von Volker Stalman



*Bundeswirtschaftsminister Hans Friderichs und der wirtschaftspolitische Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion, Otto Graf Lambsdorff, während der Bundestagssitzung am 17. Januar 1974
(Bundesregierung/Ludwig Wegmann)*

I. Vorbemerkungen

Am Wahlabend gab es ein böses Erwachen. Die FDP, die vier Jahre zuvor, 1965, mit 9,5 % noch ein respektables Ergebnis hatte einfahren können, stürzte auf 5,8 % der abgegebenen gültigen Stimmen ab und lag nur knapp über der Fünfprozenthürde. Es war eine bittere Niederlage für den erst im Vorjahr an die Spitze gewählten Vorsitzenden Walter Scheel. »Ich bin der Verlierer dieser Wahl«, bekannte er denn auch ganz offen.¹ Dagegen konnte die SPD mit einem Zugewinn von 3,8 Prozentpunkten und 42,7 % das bis dahin beste Ergebnis in ihrer über hundertjährigen Parteigeschichte erzielen. Allerdings blieb die Union trotz leichter Verluste mit 46,1 % immer noch stärkste Kraft im Bundestag.

Unmittelbar nach Schließung der Wahllokale war neben der Großen Koalition rein rechnerisch lange Zeit nur eine christlich-liberale Koalition möglich. Bundeskanzler Kurt Georg Kiesinger erklärte sich denn auch zum Sieger und ging von einer Fortsetzung der seit 1966 regierenden Großen Koalition zwischen SPD und CDU/CSU aus. Einige Unionsrecken, wie CDU-Generalsekretär Bruno Heck, hielten dagegen auch eine Koalition mit der FDP für möglich, die der Union nicht zu viele Kompromisse und Zugeständnisse abnötigen würde.

Doch gegen Mitternacht zeichnete sich ab, dass SPD und FDP zusammen eine knappe Mehrheit der Mandate auf sich vereinen und somit die Regierung bilden konnten. Möglich wurde dies letztlich dadurch, dass die NPD trotz Gewinnen mit 4,3 % an der Fünfprozenthürde scheiterte und nicht, wie von vielen befürchtet, ins Parlament einzog. Somit vermochten Sozial- und Freidemokraten die Mehrheit der Mandate auf sich zu vereinen, obwohl sie mit 48,5 % der Stimmen nicht die Mehrheit der Wähler hinter sich hatten.

Als die Hochrechnungen kurz vor Mitternacht eine sozial-liberale Koalition möglich erscheinen ließen, trat Willy Brandt gegen 23.30 Uhr vor die Presse und reichte den Liberalen die Hand. Die FDP-Wähler, die eine Koalition mit der CDU wollten, hätten CDU, diejenigen, die eine Koalition mit der SPD anstrebten, liberal gewählt. Und SPD und FDP hätten mehr als CDU und CSU. »Das ist das Ergebnis.« Zuvor hatte Brandt den vom Wahlergebnis verstörten Freidemokraten Scheel, der sich zusammen mit Parteifreunden in seinem Eigenheim auf dem Bonner Venusberg befand, angerufen und mit ihm das weitere Vorgehen besprochen.²

Nach dem Wahltag dauerte es gerade einmal sechs Tage, bis sich SPD und FDP über die Details der Regierungsbildung einig waren. Am 21. Oktober 1969 wurde Willy Brandt mit den Stimmen der Liberalen zum Bundeskanzler gewählt. Er war der erste sozialdemokratische Kanzler nach 1930.³

Auch wenn die Zusammenarbeit mit der Union in der Großen Koalition seit 1966 die SPD vom Odium der Unregierbarkeit befreit hatte, überraschte es doch, dass sich beide Parteien angesichts der auf beiden Seiten bestehenden erheblichen wirtschafts- und sozial-

1 Vgl. den Artikel »Willy, Willy, Willy«; »Der Spiegel«, Nr. 40 vom 30. September 1969, S. 19–34., Zitat S. 19.

2 Vgl. HOFMANN, »Verdächtige Eile«, hier S. 515–53. – Der Langtitel findet sich bei mehrfach aufgeführten Büchern im Literaturverzeichnis.

3 Vgl. HOFMANN, »Verdächtige Eile«; GROTHE, Der »Machtwechsel« von 1969.

politischen Vorbehalte auf Bundesebene zu einer Koalition zusammenfanden. Gleichwohl darf nicht vergessen werden, dass es sozial-liberale Koalitionen zuvor bereits auf Länderebene gab. Nicht zuletzt in den Stadtstaaten Berlin, Hamburg und Bremen hatte eine Zusammenarbeit der protestantischen Arbeiterbewegung mit dem liberalen Bürgertum eine lange Tradition, die in die Weimarer Republik zurückreichte. In Hamburg saß die FDP in der Regierung von 1946 bis 1950 und von 1957 bis 1966, in Bremen von 1945 bis 1955 und von 1959 bis 1971 und in Berlin von 1948 bis 1953 und von 1963 bis 1971. Aber auch in den Flächenländern paktierten die Liberalen des Öfteren mit den im Bund in der Opposition befindlichen Sozialdemokraten. In Württemberg-Baden 1951/52, in Bayern zusammen mit der Bayernpartei und dem Bund der Heimatvertriebenen unter dem sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Wilhelm Hoegner von 1954 bis 1957, in Nordrhein-Westfalen von 1956 bis 1958 und in Niedersachsen (zusammen mit anderen Parteien) von 1946 bis 1948 und von 1959 bis 1965. Eine Vorbildfunktion kam vor allem der sozial-liberalen Koalition in Berlin unter dem Regierenden Bürgermeister Brandt zu, da Brandt 1961 und 1965 auch als sozialdemokratischer Kanzlerkandidat fungierte. Aber auch die 1966 gebildete SPD-FDP-Koalition im größten Bundesland Nordrhein-Westfalen gab der Entwicklung wichtige Impulse.

Eine Zusammenarbeit von SPD und FDP hatte sich seit einiger Zeit angebahnt, koalitionspolitische Intentionen waren bei beiden Parteien gleichsam präformiert. Als die christlich-liberale Koalition unter Bundeskanzler Ludwig Erhard an Steuerfragen zerbrach und die Union eine Koalition mit der Sozialdemokratie einging, musste die FDP auf den harten Stühlen der Opposition im Bundestag Platz nehmen und ihre Rolle neu definieren. Sie begann ihrem parlamentarischen Ortswechsel Rechnung zu tragen und sich vor allem gegen CDU und CSU zu positionieren. Dabei wurden allmählich gemeinsame Schnittmengen mit der SPD in der Deutschland-, Innen-, Rechts- und Bildungspolitik sichtbar.

Nicht zuletzt in der Deutschland- und Ostpolitik stand die Partei der SPD vielfach näher als der Union. In der Vergangenheit hatte sie wiederholt versucht, Alternativen zum offiziellen Kurs der unionsgeführten Bundesregierungen aufzuzeigen. Dass sich die Partei keineswegs auf ein bürgerliches Korrektiv zur CDU/CSU beschränken wollte und auf diesem Politikfeld wichtige Impulse zu geben vermochte, zeigten Politiker wie der baden-württembergische Bundestagsabgeordnete Karl Georg Pfeleiderer, der Referent für Außen- und Deutschlandpolitik in der Bundesgeschäftsstelle der FDP und Chefredakteur der »freien demokratischen korrespondenz« (fdk), Wolfgang Schollwer, aber auch Erich Mende während seiner Amtszeit als Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen (1963–1966). Richtungsweisend war in mancher Hinsicht die noch vom Parteivorsitzenden Mende in Auftrag gegebene Studie zur Deutschland- und Ostpolitik Schollwers von 1967, die eine Neuorientierung der FDP einleitete und eine Kooperation mit der SPD erleichterte.⁴

Die Neuausrichtung der FDP wurde auf dem Freiburger Parteitag am 30. Januar 1968 offenkundig, als mit Walter Scheel ein Vertreter des linksliberalen Flügels zum Parteivorsitzenden und damit zum Nachfolger des nationalkonservativen Mende gewählt wurde. Der damals 48-jährige Scheel hatte bereits eine beachtliche Karriere vorzuweisen. Mit 34 Jahren wurde er in den Bundestag gewählt und acht Jahre später 1961 als Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit in die von Konrad Adenauer geführte Bundesregierung berufen, der er auch unter Ludwig Erhard bis 1966 angehörte. Er zählte als führendes Mitglied des nordrhein-westfälischen Landesvorstandes auch zu jenen Libera-

⁴ Zum Arbeitspapier Schollwers für den FDP-Bundesvorstand »Deutschland- und Außenpolitik« vom Januar 1967 vgl. Einheit der Nation, Dok. 16, S. 208–217.

len, die 1956 in Düsseldorf die Koalition mit der CDU aufgekündigt und zusammen mit der SPD eine Regierung gebildet hatten. Damit sollte die im Bundesrat herrschende Zwei-Drittel-Mehrheit der Union beseitigt und die von Adenauer geplante Einführung des sog. Grabenwahlsystems, das aufgrund der Nichtverrechnung der Direktmandate mit den Listenmandaten der FDP zahlreiche Sitze, wenn nicht ihre Existenz gekostet hätte, verhindert werden. Die Düsseldorfer »Jungtürken« um Scheel und Wolfgang Döring, so benannt nach einer auf liberale Reformen drängenden politischen Bewegung im Osmanischen Reich gegen Ende des 19. Jahrhunderts, machten deutlich, dass sie keine Berührungspunkte vor der Sozialdemokratie, die damals wegen ihrer wirtschafts-, außen- und verteidigungspolitischen Haltung im Bund noch als regierungsunfähig angesehen wurde, hatten.

Der 1919 in Solingen geborene Scheel war »kleiner Leute Kind«, sein Vater Wagenbauer. Nach dem Zweiten Weltkrieg ging er in die Wirtschaft, war Geschäftsführer einer Stahlwarenfabrik und schließlich Teilhaber und Geschäftsführer der Firmen »Intermarket« und »Interfinanz«. »Überall steuerte der junge Mann auf Höchstleistungen zu«, so befand der Journalist Walter Henkels. »Wenn man kurze Kennworte für ihn sucht, müssen es die Worte »unbekümmert« und »heiter« sein. Er lacht gern und ist kein Spielverderber. Es klingt nicht einmal geschwollen, wenn er sagt, er sei Freund mit der Literatur und der Orgelmusik, liebe Saarwein und alten Burgunder, sei überzeugter Anhänger der französischen Küche, fahre gern schnelle Wagen, bevorzuge Sommerurlaub, habe keinen Wohnsitz in Bonn und von Tieren liebe er Elefanten und Nilpferde.«⁵

Sein Bild in der Öffentlichkeit schwankte damals zwischen dem »rheinischen Leichtfuß »Walterchen«« und dem von Kanzler Brandt geschätzten »Sir Walter«.⁶ Das Image einer rheinischen Frohnatur sollte Scheel durch einen Fernsehauftritt im Dezember 1973 in der ZDF-Show »Drei mal Neun«, in dem er zugunsten der »Aktion Sorgenkind« das deutsche Volkslied »Hoch auf dem gelben Wagen« schmetterte, noch befördern. Das Lied hielt sich im Übrigen 15 Wochen in den deutschen Singlecharts. Für seine Gegner war Scheel ein Lebemann und Luftikus ohne Tiefgang und politische Substanz. Aber hier irrten sie sich. Sie übersahen seine Willensstärke, seine Ausdauer und Härte, mit der er seine Ziele und Vorstellungen durchzusetzen verstand. Für Scheel erwies es sich letztlich als Vorteil, anfangs meist unterschätzt zu werden.⁷

Zu Scheels Stellvertretern wurden 1968 neben dem baden-württembergischen Landesvorsitzenden Hermann Müller zwei Politiker berufen, die in den folgenden Jahren eine herausragende Rolle in der bundesdeutschen Politik spielen sollten: der Parlamentarische Geschäftsführer Hans-Dietrich Genscher und Wolfgang Mischnick, der am 23. Januar 1968 den Vorsitz der Bundestagsfraktion übernommen hatte. Der auf Ausgleich bedachte Dresdner trat an die Stelle des rechtsliberalen Freiherrn Knut von Kühlmann-Stumm und signalisierte auch in der Fraktion einen Neuanfang. Die Wahl des Fraktionsvorsitzenden machte deutlich, dass die Partei nicht nur programmatisch, sondern auch personell eine Neujustierung vornahm. Scheel, so Günter Verheugen rückblickend, »machte nach au-

5 HENKELS, 99 Bonner Köpfe, Zitate S. 255 f., zu Scheel insgesamt S. 254–257.

6 Vgl. den Artikel »Kandidat Scheel: »Man darf nie aufhören««; »Der Spiegel«, Nr. 52 vom 24.12.1973, S. 20–32, hier S. 20.

7 Zu Walter Scheel vgl. Knut BERGMANN (Hrsg.): Walter Scheel. Unerhörte Reden, Berlin-Brandenburg 2021, hier die Einführung von Knut Bergmann, »Der Unterschätzte – eine biographische Annäherung«, S. 11–45. Vgl. auch Jürgen FRÖLICH/Susanne ACKERMANN: Walter Scheel. Mit Mut und Konsequenz für Wandel in Freiheit, Potsdam 2019; Horst MÖLLER: Machtpolitik im Schafspelz – Walter Scheel als Parteipolitiker und Staatsmann, in: Bastian Hein/Manfred Kittel/Horst Möller (Hg.): Gesichter der Demokratie. Porträts zur deutschen Zeitgeschichte, München 2012, S. 263–284.

ßen so einen leutseligen Eindruck, war aber eiskalt und ganz, ganz hart, wenn es darauf ankam. Und in den kritischen Situationen stand er wie eine Eins.« Als Außenminister sei er auch alles andere als ein Leichtgewicht gewesen.⁸

Die Wahl Scheels ließ eine neue Koalitionspräferenz der Partei erkennen, die aufgrund der Stärke des nationalliberalen Flügels anfangs noch heftig umstritten war. Wie groß die Reserven gegenüber der SPD in der Partei waren, illustrierte die Wahl des Sozialdemokraten Gustav Heinemann zum Bundespräsidenten im März 1969. Es waren nicht nur die virulenten Vorbehalte gegenüber dem sozialdemokratischen Führungspersonal, sondern auch die nicht wegzudiskutierenden Gegensätze in der Wirtschafts- und Sozialpolitik, in der Mitbestimmungsfrage zumal, die viele Freidemokraten davon abschreckte, das höchste Staatsamt einem Sozialdemokraten anzuvertrauen. Nachdem die FDP-Führung auf die Aufstellung eines eigenen Kandidaten verzichtet und die Union den auch in den Reihen der FDP durchaus populären langjährigen Innen-, Außen- und Verteidigungsminister Gerhard Schröder nominiert hatte, kostete es dem neuen Parteivorsitzenden erhebliche Mühen, den rechtsliberalen Flügel von der Notwendigkeit der Wahl des sozialdemokratischen Kandidaten zu überzeugen. Heinemann wurde am 5. März 1969 denn auch erst im dritten Wahlgang mit der knappen Mehrheit von sechs Stimmen zum Bundespräsidenten gewählt.⁹

Diese Wahl stellte eine wichtige Etappe auf dem Weg zur sozial-liberalen Koalition dar. Sie eröffnete der SPD-Führung eine koalitionspolitisch neue Perspektive. Dieses liberale Entgegenkommen wurde auch umgehend mit dem Verzicht auf die im Koalitionsvertrag mit der Union vereinbarte Einführung der Mehrheitswahl honoriert. Das Wort Heinemanns, die Wahl sei »ein Stück Machtwechsel«¹⁰, war allerdings taktisch unglücklich, setzte es doch die FDP-Führung, die vorsichtig und mit Bedacht ihren politischen Kurswechsel in die Wege geleitet hatte, unnötig unter Druck.

Nichtsdestotrotz bot die auf dem Nürnberger Parteitag der FDP im Juni 1969 verabschiedete Wahlplattform zahlreiche Anknüpfungspunkte für eine zukünftige Kooperation mit der SPD. Diese bezogen sich nicht allein auf die Forderung nach einer Neuausrichtung der Deutschland- und Ostpolitik, sondern auch nach einer Erweiterung der Partizipations- und Bürgerrechte und damit nach einer innen- und gesellschaftspolitischen Reformpolitik. In wirtschaftspolitischer Hinsicht trat die FDP zwar für Marktwirtschaft und Wettbewerb ein, sprach sich aber auch für einen maßvollen Ausbau des Betriebsverfassungsgesetzes aus. Die paritätische Mitbestimmung lehnte sie allerdings auch weiterhin ab.¹¹

Der Widerstand gegen diesen »Linkskurs« war in der Partei durchaus erheblich. Bereits nach der Wahl Heinemanns war es zu Parteiaustritten mehrerer Parteigeschäftsführer in Niedersachsen gekommen. Um einen weiteren Aderlass zu verhindern, befließigte sich die FDP-Führung im Vorfeld der auf den 28. September 1969 angesetzten Bundestagswahl in der Koalitionsfrage größerer Zurückhaltung. So einigte sich der Bundesvorstand am 1. September darauf, dass sich zur »Frage möglicher Folgerungen aus der Wahl, vor allem irgendwelcher Koalitionsspekulationen,« keiner äußern solle, da die Parteigremien

8 Günter Verheugen in einem Zeitzeugeninterview am 4.7.2024.

9 Vgl. dazu auch SCHEEL, *Erinnerungen und Einsichten*, S. 61 und 64.

10 Vgl. den Artikel »Heinemann. Abgrund aufgetan«, in: »Der Spiegel«, Nr. 12 vom 16.3.1969, S. 25f., hier S. 25.

11 Zur Nürnberger Wahlplattform 1969 vgl. VERHEUGEN, *Das Programm der Liberalen*, S. 15–33, Zitate S. 16, 29. Vgl. auch die Regierungserklärung von Bundeskanzler Brandt am 28. Oktober 1969, in: BT Plenarprotokoll 06/5, S. 20–34, hier S. 21.

nach der Wahl darüber entscheiden würden.¹² Doch ließ sich diese Linie im Wahlkampf nicht durchhalten. Immer drängender wurde Scheel ein klares politisches Bekenntnis abverlangt, so dass er sich kurz vor der Wahl für eine Koalition mit der SPD aussprach. Angesichts von Meinungsumfragen, die die Partei ausnahmslos bei 3,5 % sahen, war dieser Schritt, so Scheel nach der Wahl, der Versuch eines Befreiungsschlages, um die FDP aus ihrem Umfragetief »herauszureißen«.¹³

12 Sitzung des FDP-Bundesvorstands am 1. 9. 1969, in: ADL, FDP-Bundesvorstand. Protokolle, Nr. 153, hier Bl. 145.

13 Vgl. Scheel auf der Sitzung des Bundesvorstands vom 30. 9. 1969, in: ADL, Bestand FDP-Bundesvorstand, Nr. 153, S. 56.

II. Wahlergebnisse und Mandatsstärken

Nach der Bundestagswahl 1969 stellte die FDP, die von 1968 bis 2001 aus Marketinggründen drei Punkte führte¹, in dem 518 Sitze umfassenden Bundestag 31 Abgeordnete. Darunter befand sich mit William Borm auch ein nichtstimmberechtigter Berliner Abgeordneter. Die relativ kleine Fraktion hatte während der Legislaturperiode insgesamt vier Abgänge zu verzeichnen. So traten die nationalliberalen Abgeordneten Mende, Starke, Zoglmann im Oktober 1970 und Helms im April 1972 aus Protest gegen die Deutschland- und Ostpolitik zur CDU/CSU-Fraktion über (Zoglmann als Hospitant). Aus diesem Grund legten auch zwei Abgeordnete, Gerhard Kienbaum und Freiherr von Kühlmann-Stumm, im Mai 1972 ihre Mandate nieder. Darüber hinaus gab es mit Ralf Dahrendorf (August 1970), Wolfgang Rutschke (Januar 1971) und Fritz-Rudolf Schultz (März 1970) Parlamentarier, die aus beruflichen Gründen von ihrem Mandat zurücktraten. Dahrendorf wurde Kommissar für Außenhandel in der EG-Kommission, Rutschke (bereits 1970) Ministerialdirektor im Bundesinnenministerium und Schultz Wehrbeauftragter des Deutschen Bundestages, ein Amt, das er bis 1975 bekleiden sollte. Im Gegensatz zu den Fraktionsaustritten hatten die Mandatsniederlegungen keine Auswirkungen auf die Stärke der Fraktion, da die Ausgeschiedenen durch Nachrücker ersetzt wurden, und zwar mit Georg Gallus (für Dahrendorf), Lothar Krall (für Schultz), Alexander Menne (für Freiherr von Kühlmann-Stumm), Rudolf Opitz (für Kienbaum) und Kurt Spitzmüller (für Rutschke). Zu erwähnen ist in dieser Wahlperiode auch ein Todesfall. Für den im Januar 1970 verstorbenen Albrecht Haas rückte Karl Geldner nach.

Da nicht nur die FDP-, sondern auch die SPD-Fraktion während der 6. Wahlperiode vier Abgeordnete verlor und die Koalition keine Mehrheit mehr hatte, fanden am 19. November 1972 Neuwahlen statt. Konnte die SPD mit 45,8 % das beste Ergebnis ihrer Parteigeschichte einfahren, so war die Union mit ihrem Spitzenkandidaten Rainer Barzel der große Verlierer der Wahl. Sie hatte zwar nur leichte Verluste zu verzeichnen, fuhr jedoch mit 44,9 % eines ihrer schlechtesten Wahlergebnisse seit 1949 ein. Die FDP wiederum konnte sich dagegen wieder erholen und mit einem Gewinn von 2,6 Prozentpunkten 8,4 % der Stimmen erzielen. Im neuen Bundestag stellte sie 42 der 518 Abgeordneten, unter denen sich mit Hans-Günter Hoppe ein Berliner Abgeordneter befand. Die Mandatsstärke änderte sich während der Wahlperiode nicht mehr, wenngleich auch mehrere Abgeordnete ausschieden und ersetzt werden mussten. Zu ihnen zählten Rudolf Augstein (Januar 1973), Rötger Groß (Juli 1974), Burkhard Hirsch (Juni 1975), Uwe Ronneburger (Juni 1975), Walter Scheel (Juni 1974) sowie Karl-Hermann Flach und Carlo Graaff, die im August 1973 bzw. im Dezember 1975 verstarben. Während Augstein sich wieder dem Nachrichtenmagazin »Der Spiegel« widmete, wurden Rötger Groß zum niedersächsischen und Burkhard Hirsch zum nordrhein-westfälischen Innenminister berufen. Uwe Ronneburger wiederum wechselte als Abgeordneter in den Landtag Schleswig-Holsteins, wo er zum Fraktionsvorsitzenden avancierte. Scheel musste nach seiner Wahl zum Bundespräsidenten aufgrund Art. 55 des Grundgesetzes sein Mandat niederlegen. Für diese Abgeordneten traten Rolf Böger (für Augstein), Friedrich Kreibaum (für Graaff), Karl-Hans Laermann (für Scheel), Barbara Lüdemann (für Flach), Walter Peters

1 Da diese Schreibweise nur 33 Jahre Bestand hatte, wird im Folgenden die alte Kurzbezeichnung der Partei ohne Punkte übernommen.